Brüssel (dpa) - Deutschland ist vorerst mit seinen Plänen gescheitert, mit einer Ausnahmeregelung von den EU-Vorschriften den Umsatzsteuerbetrug zu bekämpfen. Die EU-Kommission lehnte am Mittwoch in Brüssel entsprechende deutsche und auch österreichische Vorhaben ab. «Die Bekämpfung von Steuerbetrug ist zwar eine unserer Prioritäten», sagte Steuerkommissar László Kovács. Die Kommission müsse aber gewährleisten, dass solche Maßnahmen mit dem EU-Recht in Einklang seien.

Schon bei den Beratungen im EU-Finanzministerrat im Juni waren die deutschen Pläne auf Widerstand Frankreichs, Italiens, Spaniens und Finnlands gestoßen. In Steuerfragen ist in der EU immer Einstimmigkeit nötig.

Finanzminister Peer Steinbrück (SPD) will bei der Umsatzsteuer die Steuerschuld auf den Endkunden verlagern. Er hatte deshalb im vergangenen April eine nationale Ausnahmegenehmigung in Brüssel beantragt. Bisher gilt, dass ein Lieferant die Umsatzsteuer abführt. Die Bundesregierung will, dass die Steuerschuld künftig ab einem Betrag von 5000 Euro bei den Endkunden liegt, die Waren oder Dienstleistungen bezahlen.

Gefälschte Rechnungen und Scheingeschäfte kosten den deutschen Staat nach Schätzungen jährlich zwischen 17 und 18 Milliarden Euro. Etwa zwei Drittel davon entfallen auf so genannte Karussellgeschäfte. Betrüger nutzen dabei die Regelung, dass beim grenzüberschreitenden Warenverkehr innerhalb der EU keine Umsatzsteuer anfällt. Händler führen Waren aus dem Ausland ein, verkaufen diese mit Umsatzsteuer weiter. Aber statt den Betrag an den Fiskus abzuführen, tauchen sie mit der vom Käufer gezahlten Steuer unter.